

LINK TO EUROPE

Europabüro der Metropolregion
FrankfurtRheinMain

Poststraße 16
60329 Frankfurt am Main
☎ +49 69 2577 1538
✉ europa@region-frankfurt.de
www.europabuero-frm.de

30.03.2021

INHALTSVERZEICHNIS



Aktuelles aus der EU	2
Konferenz zur Zukunft Europas: Einigung der EU-Institutionen	2
Kommunale Belange und regionale Entwicklung	3
Kohäsionspolitik: Rat stimmt Einigung zu, neue Stellungnahme EFRE	3
ERASMUS+: Arbeitsprogramm 2021 vorgelegt, Förderung startet	3
EuGH: Urteil zu Dienstzeitenregelung	4
Wettbewerb: Preis für die kommunale Zusammenarbeit DE-IT	5
Energie, Klima und Umwelt	5
Green Deal: EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel	5
Luftqualität: EP-Resolution zu EU-Rechtsrahmen	6
Verkehr und Mobilität	6
Evaluierung: Kommission bewertet Paket zur Mobilität in der Stadt	6
Wirtschaft, Forschung und Innovation	7
Digitalisierung: Kommission stellt EU-Ziele für 2030 vor	7
Horizont Europa (I): Strategieplan und neue Partnerschaften	8
Horizont Europa (II): Förderaufrufe Innovationsrat	9
Förderaufruf: EIT unterstützt Innovation an Hochschulen	9
Wettbewerb: EU-Innovationshauptstadt und „Rising Innovative City“ 2021	10
Folgen Sie uns auf Twitter	11

Aktuelles aus der EU

Konferenz zur Zukunft Europas: Einigung der EU-Institutionen

Am 10. März 2021 unterzeichneten die Spitzen von Kommission, Parlament und Rat eine gemeinsame englischsprachige [Erklärung](#) zur „[Konferenz zur Zukunft Europas](#)“. Damit kann dieses Beteiligungsverfahren vermutlich zum Europatag 2021 am 9. Mai starten. Die Ergebnisse sollen dann bereits im Frühjahr 2022 vorliegen.

Die Erklärung skizziert knapp die Grundzüge der Konferenz, welche sowohl aus digitalen als auch aus physischen Formaten bestehen wird. Unter Einbindung der Zivilgesellschaft und organisierter Interessen sollen auf europäischer, nationaler, regionaler und kommunaler Ebene Veranstaltungen zur Zukunft Europas geplant werden („Bürgerpanels“). Außerdem ist eine digitale Beteiligungsplattform angekündigt. Im Sinne eines bottom-up-Ansatzes fließen die Beiträge aus diesen Formaten dann in einem sogenannten Plenum zusammen und werden dort diskutiert. Dieses Organ trifft sich mindestens halbjährlich und könnte aus Vertretern des EU-Parlamentes, nationaler Parlamente, der Regierungen, der EU-Kommission, des Ausschusses der Regionen, der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft bestehen.

Die inhaltliche Agenda der Konferenz(reihe) ist bewusst offen angelegt („alles, was die Bürger beschäftigt“). Im Fokus stehen vor allem thematische Zukunftsherausforderungen und wie die EU zu ihrer Bewältigung beitragen kann. Institutionelle Reformen oder eine mögliche Überarbeitung der EU-Verträge, wie ursprünglich vom Europäischen Parlament gefordert, spielen in der jetzigen Erklärung keine Rolle mehr.

Der bereits gebildete Exekutivausschuss gab nach seiner ersten Sitzung am 24. März 2021 [bekannt](#), dass die interaktive und mehrsprachige Online-Plattform zur Konferenz über die Zukunft Europas bereits am 19. April öffnen werde.

Hintergrund:

Die Idee einer Konferenz zur Zukunft Europas geht auf eine Forderung im Zuge der Wahl des Europäischen Parlaments 2019 zurück und wurde von Kommissionspräsidentin von der Leyen in die Schwerpunkte ihrer Amtszeit mit aufgenommen. Zuletzt war die konkrete Umsetzung auch an der Frage nach dem Vorsitz über die Konferenz gescheitert – nun heißt es nach über einjähriger Debatte, dass die Konferenz ein gemeinsames Vorhaben der drei EU-Institutionen sei, dem folglich Kommissionspräsidentin von der Leyen, Parlamentspräsident Sassoli und Ratspräsident Michel gemeinsam vorstehen.

Kommunale Belange und regionale Entwicklung

Kohäsionspolitik: Rat stimmt Einigung zu, neue Stellungnahme EFRE

Der Rat hat am 3. März 2021 im Ausschuss der Ständigen Vertreter (ASTV) die finalen Verordnungsentwürfe zur Kohäsionspolitik angenommen. Die politischen Einigungen waren weitgehend bereits im Dezember 2020 erzielt worden (vgl. [Europa Info 10/2020](#), S. 3).

Die Einigungen betreffen einerseits die Verordnung zu den gemeinsamen Bestimmungen für die verschiedenen Strukturfonds ([2018/0196\(COD\)](#)), aber auch einige spezifische Verordnungen zu den einzelnen Fonds. Für Hessen ist darunter insbesondere der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE, [2018/0197\(COD\)](#)) und der Europäische Sozialfonds Plus (ESF+, [2018/0206\(COD\)](#)) von Relevanz (vgl. [Europa Info 06/2018](#), S. 2).

Das Europäische Parlament wird die politische Einigung voraussichtlich in den nächsten Wochen bestätigen. Die Verordnungen werden nach Überarbeitung durch die Rechts- und Sprachsachverständigen höchstwahrscheinlich im Juni in Kraft treten. Sie gelten dann rückwirkend ab dem 1. Januar 2021.

Die Programme des EFRE werden in Deutschland von den Bundesländern verwaltet, die Programme des ESF+ sowohl von den Bundesländern als auch auf Bundesebene. Derzeit befinden sich die Operationellen Programme, die die konkreten Förderschwerpunkte und Maßnahmen im Rahmen der europäischen Verordnungen festlegen, in der Aufstellung. Eine Fertigstellung wird im 2. Halbjahr 2021 erwartet.

Das Europabüro hat sich insbesondere bei der Aufstellung des EFRE in Hessen als Mitglied im EFRE-Begleitausschuss¹ eingebracht. In einer kürzlich aktualisierten [Stellungnahme](#) begrüßt das Europabüro grundsätzlich die vom Land Hessen vorgeschlagenen Themen, die den Herausforderungen der Metropolregion FrankfurtRheinMain entsprechen und macht konkrete Vorschläge zu den Inhalten. Dazu gehört u. a. eine Förderung der nachhaltigen, multimodalen städtischen Mobilität.

ERASMUS+: Arbeitsprogramm 2021 vorgelegt, Förderung startet

Die Förderung der europaweiten Zusammenarbeit in allen Bildungsbereichen wird auch in der neuen Förderperiode 2021-2027 mit dem Programm Erasmus+ für Bildung, Jugend und Sport fortgeführt. Am 25. März 2021 hat die Europäische Kommission nun das erste (englischsprachige) [Jahresarbeitsprogramm](#) 2021 für Erasmus+ veröffentlicht. Alle öffentlichen und privaten Organisationen, die in den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport tätig sind, können sich daher ab jetzt auf EU-Fördermittel bewerben.

Das neue Programm Erasmus+ fördert zum einen Lernmobilität von Einzelpersonen (70 % der Mittelausstattung, Leitaktion 1), d. h. z. B. Studien-, Lehr- und Lernaufenthalte inklusive Praktika im Ausland

¹ Das Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain ist in Vertretung der Metropolregion FrankfurtRheinMain stimmberechtigtes Mitglied des EFRE-Begleitausschusses. Das Gremium ist für die Begleitung und Überwachung der Umsetzung des operationellen Programms verantwortlich.



sowie den Austausch von Personal in allen Bereichen der allgemeinen und beruflichen Bildung, der Jugend und des Sports. Es steht entsprechend Schülerinnen und Schülern, Studierenden, Auszubildenden, Erwachsenen, Jugendlichen, Jugendarbeiterinnen und -arbeitern und Sporttrainerinnen und -trainern offen.

Zum anderen werden auch grenzüberschreitende Kooperationsprojekte zwischen Hochschuleinrichtungen, Schulen, Ausbildungsstätten für Lehrkräfte, Erwachsenenbildungszentren, Jugend- und Sportorganisationen, Berufsbildungseinrichtungen oder anderen Akteuren im Bildungsbereich unterstützt (Leitaktionen 2 und 3).

Die Beantragung von Fördermitteln ist bei den jeweiligen [nationalen Erasmus+-Agenturen](#) oder der zuständigen [EU-Agentur EACEA](#) möglich. Die konkreten inhaltlichen Schwerpunkte werden im (bislang nur auf Englisch vorliegenden) [Programmleitfaden](#) umfassend ausgeführt. Die Antragsfristen unterscheiden sich dabei je nach Leitaktion bzw. Programmbereich. Alle **Antragsfristen für das Jahr 2021** finden sich im [ERASMUS+-Förderaufruf 2021](#) zusammengefasst (Kapitel 5).

2021 stehen europaweit insgesamt 2,85 Mrd. Euro zur Verfügung.

Hintergrund:

Während das Budget für Erasmus+ mit 26,2 Mrd. Euro im Vergleich zur letzten Förderperiode beinahe verdoppelt wurde, wird hinsichtlich der grundsätzlichen Ausrichtung und Zielsetzung des Programms auf Kontinuität gesetzt. So zielt [Erasmus+](#) weiterhin darauf ab, Lernmobilität und Projekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit für Europäerinnen und Europäern aus allen Altersgruppen und Gesellschaftsschichten zu fördern. Dabei werden in der aktuellen Förderperiode neue Akzente gesetzt. So soll Erasmus+ 2021-2027 grüner, inklusiver und digitaler werden. Ein weiterer Fokus liegt auf resilienten Bildungssystemen in Zeiten der Pandemie.

Weitere Informationen finden sich in einem [Informationsblatt](#) zu Erasmus+ 2021-2027.

EuGH: Urteil zu Dienstzeitenregelung

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 9. März 2021 ein Urteil zur Einordnung von Bereitschaftszeit als Arbeitszeit getroffen. Dem [Urteil](#) nach stelle eine Bereitschaftszeit in Form von Rufbereitschaft nur dann in vollem Umfang Arbeitszeit dar, wenn die dem Arbeitnehmer dadurch auferlegten Einschränkungen seine Möglichkeit, während dieser Zeit seine Freizeit zu gestalten, ganz erheblich beeinträchtigen. Es sei Sache der nationalen Gerichte, eine Gesamtwürdigung aller Umstände des Einzelfalls vorzunehmen. Dabei sei u. a. zu berücksichtigen, in welcher Frist der Arbeitnehmer seine Arbeit aufzunehmen hat, wie häufig während der Bereitschaftszeit im Durchschnitt Einsätze geleistet würden oder inwiefern Erleichterungen, wie z. B. die Bereitstellung eines Dienstfahrzeugs, gewährt würden.

Der EuGH stellte auch klar, dass die Frage der Vergütung durch nationale Gesetze oder Tarif- bzw. Arbeitsverträge geregelt werden müsse und hierfür keine europarechtlichen Vorschriften anwendbar seien.

Hintergrund:

Hintergrund waren die zwei Rechtssachen C-344/19 und C-580/19. In der Rechtsache C-580/19 lag der Fall eines Beamten der Feuerwehr der Stadt Offenbach am Main zu Grunde. Dieser muss neben seiner regulären Dienstzeit auch regelmäßig Bereitschaftszeiten in Form von Rufbereitschaft leisten. Während dieser Zeiten war er nicht verpflichtet, sich an einem von seinem Arbeitgeber bestimmten Ort aufzuhalten, musste aber erreichbar und in der Lage sein, im Alarmfall innerhalb von 20 Minuten in seiner Einsatzkleidung und



mit dem ihm zur Verfügung gestellten Einsatzfahrzeug die Stadtgrenzen zu erreichen. Der Feuerwehrmann verlangte von der Stadt, seine Zeiten der Rufbereitschaft als sog. „Beamter von Einsatzleitdiensten“ (BvE-Dienst) als Arbeitszeit anzuerkennen und entsprechend vergütet zu werden. Der Fall C-344/19 befasste sich mit einem Techniker, der den Betrieb von Fernsehsendeanlagen in den slowenischen Bergen sicherstellen und hierfür Rufbereitschaft ableisten musste.

Wettbewerb: Preis für die kommunale Zusammenarbeit DE-IT

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und der italienische Staatspräsident Sergio Mattarella setzen ihre [Ankündigung](#) eines Preises für die kommunale Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Italien vom Herbst 2020 in die Tat um und rufen zu entsprechenden Bewerbungen auf.

Mit dem Preis möchten die beiden Staatsoberhäupter die deutsch-italienische Zusammenarbeit stärken, indem bereits bestehende und zukunftsgerichtete Partnerschaftsinitiativen sowie besonders innovative Partnerschaften und Projekte ausgezeichnet werden.

Bewerbungsschluss ist der **31. Mai 2021**. Bewerben können sich deutsche und italienische Kommunen, die zum Bewerbungszeitpunkt entweder in einer kommunalen Partnerschaft stehen oder durch eine möglichst mehrjährige Zusammenarbeit verbunden sind.

Insgesamt werden vier Preise in den Kategorien „Kultur“, „Jugend und bürgerschaftliches Engagement“, „Innovation“ sowie „sozialer Zusammenhalt“ vergeben. Zwei Preise sollen an kleine und mittelgroße Kommunen (bis zu 40.000 Einwohner) gehen, zwei an größere Kommunen (ab 40.000 Einwohner). Der Preis ist mit insgesamt 200.000 Euro dotiert und wird von der italienischen und der deutschen Regierung paritätisch finanziert. Eine paritätisch besetzte Jury wählt die Preisträger aus. Die öffentliche Preisverleihung durch die beiden Präsidenten ist für Herbst 2021 vorgesehen.

Die Wettbewerbsbedingungen können im [Ausschreibungstext](#) abgerufen werden. Dort findet sich auch der Bewerbungsbogen. [Weitere Informationen](#) sowie einen entsprechenden [Kontakt](#) gibt es beim Auswärtigen Amt.

Es bestehen über 400 kommunale Partnerschaften zwischen Deutschland und Italien.

Energie, Klima und Umwelt

Green Deal: EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel

Unter dem Titel „Ein klimaresilientes Europa aufbauen“ veröffentlichte die Europäische Kommission in Form einer [Mitteilung](#) am 24. Februar 2021 eine neue EU-Strategie für die Anpassung an den Klimawandel (vgl. [Europa Info 05/2020](#), S. 7).

Das nichtlegislative Dokument ersetzt die bisherige Strategie aus dem Jahr 2013 und enthält eher allgemein gehaltene Erwägungen und Ambitionen, wie bspw. [Climate-ADAPT](#) zur maßgeblichen europäischen Plattform



für Anpassungswissen auszubauen und dort eine Europäische Beobachtungsstelle für Klima und Gesundheit einzurichten. Konkretere EU-Ziele oder Ankündigungen verbindlicher Rechtsakte sind allerdings nicht vorgesehen.

Die zentrale Botschaft der Strategie der EU-Kommission besteht v. a. darin, im Zuge des EU-Green Deals die Herausforderung der Anpassung an klimatisch bedingte Veränderungen neben der Verlangsamung des Klimawandels als zweite, gleichbedeutende Seite der Medaille zu verstehen. Hierfür seien u. a. ein verstärkter Wissensaufbau, verbesserte Monitoring- und Prognoseinstrumente sowie Risikobewertungen und eine wirksamere Verzahnung der lokalen, regionalen, nationalen und europäischen Anpassungsstrategien notwendig. Gerade der Förderung einer „lokalen Resilienz“ komme dabei eine zentrale Rolle zu, weshalb im Rahmen des EU-Konvents der Bürgermeister eine entsprechende „Fazilität zur Unterstützung der Anpassung“ eingerichtet und auch eine Horizont Europa-Mission zur Anpassung an den Klimawandel finanziert werden wird (vgl. S. 8).

Das Europabüro hatte sich für die Metropolregion FrankfurtRheinMain an einer vorbereitenden Konsultation [beteiligt](#).

Luftqualität: EP-Resolution zu EU-Rechtsrahmen

In einer am 25. März 2021 beschlossenen [Resolution](#) bezieht das Europäische Parlament Stellung zur Umsetzung der EU-Richtlinien über die Qualität der Umgebungsluft ([2004/107/EG](#) und [2008/50/EG](#)).

Der bestehende Rechtsrahmen wird dabei grundsätzlich als wirksam bezeichnet, allerdings gäbe es in manchen Mitgliedstaaten noch Verbesserungspotential bei der konkreten Implementierung, insbesondere mit Blick auf die wirksame und einheitliche Messung. Gleichsam verweisen die Abgeordneten darauf, dass die Richtlinien auf 15 bis 30 Jahre alten Standards beruhen und daher eine Anpassung an die inzwischen deutlich schärferen WHO-Empfehlungen notwendig sei. Auch solle die Liste der regulierten Schadstoffe erweitert werden und künftig auch Ultrafeinstaub, schwarzen Kohlenstoff, Quecksilber und Ammoniak umfassen.

Hintergrund:

Die EU-Kommission hatte bereits 2019 einen „legislativen Fitnesscheck“ für die europäische Luftreinhaltepolitik durchgeführt und jüngst eine mögliche Überarbeitung 2022 in Aussicht gestellt (vgl. [Europa Info 10/2019](#), S. 7). Die EU-Kommission möchte zunächst im Mai 2021 einen EU-Nullverschmutzungsaktionsplan vorstellen (vgl. [Europa Info 10/2020](#), S. 7).

Verkehr und Mobilität

Evaluierung: Kommission bewertet Paket zur Mobilität in der Stadt

Am 26. Februar 2021 veröffentlichte die EU-Kommission ihren englischsprachigen [Evaluationsbericht](#) zum „[Paket zur Mobilität in der Stadt](#)“ aus dem Jahr 2013 ([KOM/2013/0913](#), vgl. [Europa Info 08/2019](#), S. 4). Die wichtigsten Ergebnisse der Bewertung sind außerdem in einer [Kurzfassung](#) aufbereitet.

Leider habe sich im europaweiten Durchschnitt mit Blick auf den „modal split“, die Verkehrsemissionen und das Gesamtverkehrsvolumen im Vergleich zu 2013 keine Verbesserung ergeben. Der Planungsstandard der „Sustainable Urban Mobility Plans“ (SUMPs) als zentrale Maßnahme des Pakets habe jedoch weitläufige Verbreitung in Europas Städten gefunden (vgl. [Europa Info 02/2021](#), S. 6). Die politischen Ziele des Pakets zur Mobilität in der Stadt seien daher nach wie vor aktuell, wobei sich einige der damit verbundenen Herausforderungen eher noch verschärft hätten. Auf die technischen, sozialen und gesundheits- wie umweltbezogenen Entwicklungen der vergangenen Jahre müsse, auch mit Blick auf den neuen EU-Green Deal, reagiert werden. Im Vergleich zum bisher nicht-bindenden Paket identifiziert die Evaluation hier „eine Notwendigkeit für stärkere Werkzeuge“ und regt an, die Effektivität der stadtmobilitätsbezogenen EU-Fördergelder durch eine „Verknüpfung mit den SUMPs“ zu stärken.

Der Evaluationsprozess beinhaltete eine öffentliche Konsultation, an der sich das Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain mit einem [Feedback](#) beteiligt hatte.

Hintergrund:

Die EU-Kommission hat angekündigt, im Laufe des Jahres 2021 eine Neufassung des Pakets zur Mobilität in der Stadt vorzulegen.

Wirtschaft, Forschung und Innovation

Digitalisierung: Kommission stellt EU-Ziele für 2030 vor

Am 9. März 2021 stellte die Europäische Kommission in einer englischsprachigen [Mitteilung](#) „Digitaler Kompass 2030: Der europäische Weg in die digitale Dekade“ ihre Digitalisierungsziele für das nächste Jahrzehnt vor.

Dieses nicht-legislative Dokument fußt auf der 2020 vorgelegten EU-Digitalstrategie (vgl. [Europa Info 02/2020](#), S. 7) und identifiziert vier Kernziele für die digitale Transformation in der EU bis 2030:

- ★ Verbesserung der digitalen Fähigkeiten der Bevölkerung und mehr hochqualifizierte digitale Fachkräfte (20 Mio. IT-Spezialisten - mit einem ausgewogeneren Geschlechterverhältnis).
- ★ Sichere und leistungsfähige digitale Infrastrukturen (Gigabitanschluss für Jedermann und 5G-Abdeckung in dichtbevölkerten Gebieten).
- ★ Digitale Transformation der Unternehmen v. a. im produzierenden Gewerbe und in den Sektoren Gesundheit, Bau- und Landwirtschaft sowie Verkehr (75 % der Unternehmen sollen KI, Big Data und Cloud Computing nutzen).
- ★ Digitale Transformation des öffentlichen Sektors (alle zentralen Verwaltungsservices sollen digital verfügbar sein, jeder Bürger eine digitale Patientenakte besitzen und 80 % eine digitale ID verwenden).

Um neben der Erleichterung von sogenannten Mehrländerprojekten hierzu die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen nationaler und europäischer Ebene zu verbessern, ist ein legislativer



Vorschlag zur Umsetzung des digitalen Kompasses angekündigt. Dieser soll Detailziele spezifizieren und einen Steuerungsmechanismus mit einem jährlichen Fortschrittsmonitoring einführen.

Damit die europäischen Bürgerrechte auch online gelten, wird die Kommission außerdem eine gemeinsame Erklärung der EU-Institutionen zu digitalen Rechten und Prinzipien in Europa erarbeiten. Hierzu ist eine Konsultation geplant.

Horizont Europa (I): Strategieplan und neue Partnerschaften

Die Programmierung und Umsetzung des europäischen Forschungs- und Innovationsprogramms „[Horizont Europa](#)“ 2021-2027 schreitet weiter voran (vgl. [Europa Info 01/2021](#), S. 8). Mit der Veröffentlichung des (englischsprachigen) [Strategieplans](#) für die ersten vier Jahre ist ein weiterer administrativer Zwischenschritt von der Rahmenverordnung zum konkreten Arbeitsprogramm genommen.

Das Dokument legt u. a. die grobe inhaltliche Ausrichtung der künftigen Förderaufrufe fest und listet außerdem die verschiedenen geplanten [Forschungs- und Innovationspartnerschaften](#) auf, die gemeinsam von den EU-Institutionen und den Mitgliedstaaten getragen werden sollen. Unter den 16 ko-finanzierten und 12 ko-programmierten Partnerschaften finden sich u. a. Europäische Partnerschaften für folgende Themen:

- ★ „Transformation zu nachhaltigen Städten“;
- ★ Energiewende;
- ★ Batterie-Wertschöpfungskette;
- ★ Emissionsfreier Straßenverkehr (2ZERO);
- ★ Vernetzte, koordinierte und automatisierte Mobilität (CCAM);
- ★ Künstliche Intelligenz, Daten und Robotics.

Bereits am 23. Februar 2021 hatte die EU-Kommission zehn weitere „institutionalisierte“ Partnerschaften in Form sogenannter „Joint Undertakings“ zwischen EU-Institutionen, Mitgliedstaaten und Privatwirtschaft [vorgeschlagen](#), darunter u. a.

- ★ Digitale Schlüsseltechnologien;
- ★ Sauberer Wasserstoff;
- ★ Saubere Luftfahrt;
- ★ „Europe’s Rail“;
- ★ Intelligente Netze und Dienstleistungen.

Auch die geplanten fünf [Forschungs- und Innovationsmissionen](#) (u. a. zu Klimaanpassung und 100 klimaneutralen Städten) sind im Strategieplan erwähnt, harren aber einer konkreten Spezifizierung durch eine bereits seit längerem angekündigte Mitteilung und ein entsprechendes Arbeitsprogramm.

Im Bundesministerium für Bildung und Forschung ist eine spezifische [Kontaktstelle](#) zur partnerschaftsbezogenen Beratung in Horizont Europa eingerichtet.

Horizont Europa (II): Förderaufrufe Innovationsrat

Mit dem sogenannten „Europäischen Innovationsrat“ (EIC) startet der erste Programmbereich des europäischen Forschungs- und Innovationsprogramms „[Horizont Europa](#)“ 2021-2027 mit konkreten Förderaufrufen (vgl. [Europa Info 01/2021](#), S. 8). Ziel des [Innovationsrates](#) als einer der zentralen Neuerungen in Horizont Europa ist es, mit einem Gesamtbudget von 10 Mrd. Euro vielversprechenden Innovationen zur Marktreife und Markteinführung zu verhelfen.

Die Unterstützungsmöglichkeiten des EIC verteilen sich auf drei Teilbereiche:

- ★ [„Pathfinder“](#): frühzeitige Förderung für potentielle technologische Durchbrüche in Form von 3-4 Mio. Euro-Zuschüssen für Forschungseinrichtungen, KMU oder Start-Ups. Europäische Bewerberkonsortien sind notwendig. Weitere Informationen zu den Antragsbedingungen (inkl. [FAQ](#)) finden sich [online](#).
- ★ [„Transition“](#): Förderung für die anwendungsorientierte Erprobung reiferer Technologien sowie die Entwicklung eines „business cases“ in Form von bis zu 2,5 Mio. Euro-Zuschüssen für Forschungseinrichtungen, KMU oder Start-Ups. Einzelbewerbungen oder kleine Bewerberkonsortien bis maximal fünf Partner sind zulässig. Weitere Informationen zu den Antragsbedingungen (inkl. [FAQ](#)) finden sich [online](#).
- ★ [„Accelerator“](#): Förderung für das Scale-Up und die Markteinführung innovativer Technologien für einzelne KMU und Start-Ups. Diese können sich entweder auf einen bis zu 2,5 Mio. Euro-Zuschuss oder ein direktes Investment von bis zu 15 Mio. Euro aus dem EIC-Fonds bewerben. Weitere Informationen zu den Antragsbedingungen (inkl. [Richtlinien](#) und [FAQ](#)) finden sich [online](#).

In allen Teilbereichen wird zwischen offenen und thematisch-orientierten Förderaufrufen unterschieden. Die Antragstellung erfolgt über die verlinkten Seiten, wobei bislang lediglich der [Accelerator-Teil](#) bereits freigeschaltet ist (EU Login-Konto erforderlich). Hier besteht ein zweistufiger Antragsprozess, in dem Projektskizzen bis zum **9. Juni 2021** und vollumfängliche Anträge bis zum **6. Oktober 2021** eingereicht werden müssen.

Vertiefende Informationen sind dem englischsprachigen [EIC-Arbeitsprogramm](#) für 2021 zu entnehmen. In diesem Jahr stehen insgesamt 1,5 Mrd. Euro zur Verfügung.

Förderaufruf: EIT unterstützt Innovation an Hochschulen

Kürzlich veröffentlichte die Europäische Kommission einen [Förderaufruf](#), mit dessen Hilfe unter dem Dach des Europäischen Institutes für Innovation und Technologie ([EIT](#)) die Innovationsförderung an Hochschulen finanziell unterstützt werden soll.

Konkret werden 23 Pilotvorhaben mit einer Laufzeit von einem Jahr gesucht, in denen mittels gemeinsamer umfassender Aktionspläne und Maßnahmen unternehmerische und innovative Fähigkeiten gefördert werden. Jeweils 1,2 Mio. Euro stehen zur Verfügung für Aktivitäten u. a. in folgenden Bereichen:

- ★ Stärkung des Engagements und der Wandlungsbereitschaft an den Institutionen,
- ★ Kooperation mit Wirtschaft und Forschungseinrichtungen,
- ★ Unterstützungsleistungen für Innovationsorientierung und Unternehmertum,



- ★ Qualität der unternehmerischen Bildung verbessern.

Interessierte Hochschulen können sich mit ihrem Konzept bis zum **25. Mai 2021** auf der [EIT-Seite](#) bewerben. Da es sich um Mittel aus dem Horizont Europa-Fördertopf handelt, ist eine Einzelbewerbung nicht möglich, sondern ein Konsortium aus mindestens drei Hochschulen aus drei verschiedenen europäischen Staaten notwendig. Außerdem sollte mindestens eine Forschungseinrichtung, ein KMU oder ein Start-Up beteiligt sein.

Neben der [Infoseite des EIT](#) steht ein englischsprachiges [Faktenblatt](#) mit weiteren Informationen zu diesem Förderaufruf zur Verfügung. Auf der verlinkten Seite kann außerdem ein spezifischer Newsletter zu allen weiteren Entwicklungen dieser Förderlinie abonniert werden.

Wettbewerb: EU-Innovationshauptstadt und „Rising Innovative City“ 2021

2021 kürt die EU-Kommission mit dem „iCapital Award“ zum siebten Mal eine europäische Innovationshauptstadt, die sich in besonders vorbildlicher Weise um die Innovationsförderung bemüht. Erstmals wird es dabei auch einen separaten Wettbewerb für mittelgroße Städte geben.

„Örtliche Innovationsökosysteme, die dem Wohlergehen der Bevölkerung dienen“ lautet der diesjährige thematische Wettbewerbsschwerpunkt. Bewerbungen sind bis zum **15. Juli 2021** um 17 Uhr auf der [EU Funding and Tenders](#)-Seite möglich.

Städte mit über 250.000 Einwohnern können 1 Mio. Euro Preisgeld für den Sieger und je 100.000 Euro für zwei weitere Platzierte gewinnen. Eine zweite Kategorie für Städte mit 50.000 bis 250.000 Einwohnern („European Rising Innovative City“) ist mit einem Preisgeld von 500.000 Euro sowie jeweils 50.000 Euro für zwei weitere Platzierte dotiert.

Nach Athen und Nantes wurde 2020 die Stadt Leuven in Belgien mit dem Titel der EU-Innovationshauptstadt ausgezeichnet.

Vertiefende Informationen, ein FAQ und der Bewerbungsbogen finden sich auf einer [Infoseite](#) der EU-Kommission.



Folgen Sie uns auf Twitter

Wir sind auf Twitter aktiv, um Sie noch schneller zu informieren und mit Themen, Akteuren, Förderaufrufen oder Preisausschreibungen aus Brüssel zu vernetzen. Twitter ist der größte Kurznachrichtendienst weltweit. Bleiben Sie ganz unkompliziert in Kontakt mit dem Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain, indem Sie nach [@RegionFrankfurt](#) suchen und auf „Folgen“ klicken. Der Twitter-Newsfeed ist auch auf unserer [Homepage](#) eingebettet.



Profil bearbeiten

FrankfurtRheinMain

@RegionFrankfurt

European Office of the Metropolitan Region FrankfurtRheinMain (Brussels) linking one of Europe's most dynamic + innovative regions with EU institutions/policies

Brüssel, Belgien [europabuero-frm.de](#) Seit Oktober 2011 bei Twitter

400 Folge ich 674 Follower

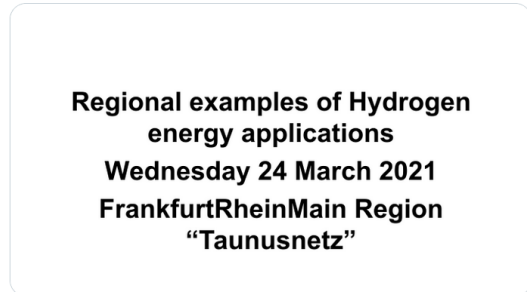


@RegionFrankfurt



FrankfurtRheinMain @RegionFrankfurt · 24. März

Today's @ERRINNetwork energy+climate-working group on #hydrogen #economy with an regional example from #FrankfurtRheinMain: @RMVdialog showcases hydrogen mass deployment by the introduction of the world's largest #fuelcell train fleet in the "Taunusnetz"-project



Retweet, Reply, Like, Share icons

Du hast retweetet



European Commission @EU_Commission · 17. März

We are proposing to create a Digital Green Certificate to facilitate safe free movement inside the EU during the pandemic.

The certificate will:

- ✓ Be accessible and secure for all EU citizens
- ✓ Be non-discriminatory
- ✓ Contain only essential information

#StrongerTogether

